

26.08.2020 | Plenum

Themen im August-Plenum

Der Landtag Rheinland-Pfalz tagt in dieser Woche aufgrund der Corona-Pandemie erneut in der Mainzer Rheingoldhalle und kommt am 26., 27. und 28. August zu seiner 105. bis 107. Plenarsitzung in der 17. Wahlperiode zusammen.



Plenum in der Rheingoldhalle; © Landtag RLP / Torsten Silz

Mittwoch: Beschäftigung und Bildung in Corona-Krise, Klimawandel

Die Aktuellen Debatten wurden von den einzelnen Fraktionen am Mittwoch mit folgenden Themen auf die Tagesordnung gesetzt:

- **SPD:** Beschäftigungssicherung in der Corona-Krise - Entschlossenes Handeln der Landesregierung
- **AfD:** Kopflos ins neue Schuljahr: Die Bildungspolitik der Landesregierung zwischen Sommerschule und Corona-Chaos
- **Bündnis 90/Die Grünen:** Dürre, Wasserknappheit und Waldschäden: Klimaerhitzung in Rheinland-Pfalz

In zweiter Lesung beraten wird das **Landesgesetz zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland** (Drs. 17/12075). Der Entwurf der Landesregierung sieht im Wesentlichen vor, den bisherigen Rundfunkstaatsvertrag durch einen Medienstaatsvertrag zu ersetzen. Neben Anpassungen in der bisherigen Gliederung des Rundfunkstaatsvertrages, die mit einer Straffung und Vereinheitlichung der Medienaufsicht einhergehen, sieht der Staatsvertrag in verschiedenen Bereichen Neuregelungen vor. So soll etwa die bisher umfassend bestehende Zulassungspflicht für Rundfunkprogramme teilweise abgeschafft werden. Strengere Regeln für politische Werbung und für die Einhaltung journalistischer Standards bei Telemedienangeboten sollen eingeführt werden. Social Bots werden einer Kennzeichnungspflicht unterworfen. Mit dem Vertrag werden die Vorgaben der EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) in nationales Recht umgesetzt. Zudem soll mit der Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages der Schutz von Kindern und Jugendlichen bei der Mediennutzung erhöht werden.

Weitere Themen im Mittwoch-Plenum:

- Wahl eines ordentlichen berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags, Drs. 17/12663)
- Landesgesetz zur Änderung von Rechtsvorschriften im Bereich der Gesundheitsfachberufe (Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 17/12073)

- Landesgesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes (Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, Drs. 17/12094)
- Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des Passgesetzes und des Personalausweisgesetzes, des Landesbesoldungsgesetzes und des Landesreisekostengesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 17/12265)
- Landesgesetz über Hilfen bei psychischen Erkrankungen (Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 17/12716)
- Landesgesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes (Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, Drs. 17/12737)

Donnerstag: Nachtragshaushalt und Sondervermögen/Präsenz US-Truppen

Auf Antrag der Landesregierung befasst sich das Parlament am Donnerstag mit dem

Landesgesetz zur Änderung des Landeshaushaltsgesetzes 2019/2020

(Nachtragshaushaltsgesetz 2020, Drs. 17/12720) sowie dem **Landesgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens „Nachhaltige Bewältigung der Corona-Pandemie“** (Corona-Sondervermögensgesetz, Drs. 17/12717). Die Anträge sollen der Unterstützung des Gesundheitswesens, der rheinland-pfälzischen Wirtschaft, der Kommunen sowie der (Hoch-)Schulen in Zeiten von Corona dienen. Insgesamt sind im zweiten Nachtragshaushaltsplan 2020 Mehrausgaben von rund 1,3 Milliarden Euro und Mindereinnahmen von rund 1,4 Milliarden Euro gegenüber dem ersten Nachtragshaushalt vorgesehen. Die im ersten Nachtragshaushalt veranschlagte Nettokreditaufnahme steigt in der Folge von rund 638 Millionen Euro um 2,8 Milliarden Euro auf 3,4 Milliarden Euro.

Gleich zwei Anträge thematisieren die **Präsenz der US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz** sowie der Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, die Truppenstärke in Deutschland zu reduzieren. Der Antrag der Fraktion der CDU: „**Der Landtag steht zur deutsch-amerikanischen Freundschaft und zur Präsenz der US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz**“ (Drs. 17/12118) sowie der Antrag „**Präsenz der US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz**“ (Drs. 17/12198), der Koalitionsfraktionen SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Beide Anträge fordern, die vom möglichen Truppenabzug betroffenen Regionen zu unterstützen.

Weitere Themen am Donnerstag sind:

- Jahresbericht 2020 (Unterrichtung durch den Rechnungshof, Drs. 17/11300)
- Entlastung der Landesregierung Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 2018 (Antrag der Landesregierung, Drs. 17/10919/11965)
- Entlastung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 2018 (Antrag des Rechnungshofs, Drs. 17/10960)
- Stellungnahme der Landesregierung zum Jahresbericht 2020 des Rechnungshofs (Drs. 17/11300) sowie Ergänzung zum Schlussbericht der Landesregierung im Entlastungsverfahren für das Haushaltsjahr 2017 (Drs. 17/11173) (Unterrichtung durch die Landesregierung, Drs. 17/11850)
- Kostendämpfungspauschale für Beamtinnen und Beamte im Wechselschichtdienst aussetzen (Antrag der Fraktion der CDU, Drs. 17/11908)
- Deutschkenntnisse sind Voraussetzung für Bildung, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit - verbindliche Sprachförderung mit klarem Konzept einführen (Antrag der Fraktion der CDU, Drs. 17/12116)
- Entlastung der Krankenhäuser von Eigenanteilen bei den Krankenhausinvestitionen (Antrag der Fraktion der CDU, Drs. 17/12117)
- Bericht des Petitionsausschusses gem. § 114 GOLT
- Jahresbericht 2019 (Unterrichtung durch die Bürgerbeauftragte, Drs. 17/12675)
- Flughafen Hahn: Optionen erhalten (Antrag der Fraktion der CDU, Drs. 17/12753)

- Konsequenzen aus „Thüga-Affäre ziehen - Regelungslücken schließen, Kontrollkompetenzen zusammenführen (Antrag der Fraktion der AfD, Drs 17/12756)
- Studie zur Erfassung des Bedarfs an sozial gefördertem Mietwohnraum in Rheinland-Pfalz (Antrag der Fraktion der AfD, Drs. 17/12757)

Freitag: Befragung der Ministerpräsidentin, Windenergieanlagen und Kriminalitätsbekämpfung

Am Freitag beantwortet Ministerpräsidentin Malu Dreyer – bereits zweiten Mal – Fragen der Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags direkt im Plenum.

Auf Antrag der Fraktion der AfD befasst sich der Landtag mit den Auswirkungen der Windkraftanlagen auf Gesundheit und Wohlbefinden: „**Gesundheitlichen**

Auswirkungen der Infraschall-Emissionen von Windenergieanlagen durch neue Abstandsregelungen vorbeugen“ (Drs. 17/12772) Laut dem Antrag der Fraktion bestehe die Sorge, Infraschall könne etwa Schlafstörungen, Konzentrationsschwäche oder unbestimmte Auswirkungen auf das Wohlbefinden auslösen.

Weitere Themen am Freitag:

- Gesunde Kinder: Nachhaltige Ernährung und Wertschätzung von Lebensmitteln sind Alltagskompetenzen (Antrag der Fraktion der CDU, Drs. 17/12754)
- Freie Heilfürsorge als Wahlmöglichkeit für Polizei-, Berufsfeuerwehr- und Justizvollzugsbeamte in Rheinland-Pfalz einführen (Antrag der Fraktion der AfD, Drs. 17/12771)
- Sicherheit geht vor - Stehplätze in Schulbussen dauerhaft reduzieren (Antrag der Fraktion der CDU- Drs. 17/12775)
- Bekämpfung der Kriminalität durch Einsatz sogenannter intelligenter Kamera- bzw. Aufnahme- und Aufzeichnungssysteme (Antrag der Fraktion der CDU, Drs. 17/12755)
- Das Gesundheitswesen ist integraler Bestandteil der Daseinsvorsorge - Lehre an der Universitätsmedizin Mainz auskömmlich finanzieren! (Antrag der Fraktion der AfD, Drs. 17/12773)